MANNESMANN

Essers Rachefeldzug

Mannesmann-Chef Klaus Esser hat auch sein letztes Gefecht gegen Vodafone-Chef Chris Gent so gut wie verloren. Vergangenen Mittwoch weigerte sich der Mannesmann-Aufsichtsrat, über die Zukunft der Auto- und Engineering-Sparte des Konzerns (Atecs) zu entscheiden – weil die Unterlagen für den 18-Milliarden-Mark-Verkauf der Atecs an Thyssen-Krupp oder Bosch/Siemens und den alternativen Börsengang äußerst spärlich ausgefallen waren und weil Essers Versuch allzu verbissen schien, eine Entscheidung noch vor dem 12. April zu erzielen, dem Tag, an dem die EU-Wettbewerbskommission ihre Auflagen für die Fusion von Mannesmann und Vodafone bekannt geben will. Erst dann kann Vodafone Einfluss auf die Entscheidung ausüben. Die Hektik Essers, der den Aufsichtsrat in den vergangenen Wochen zu mehreren Sondersitzungen zusammentrommelte, sei nur noch aus persönlichen Rachemotiven gegenüber dem neuen Eigentümer zu erklären, meint ein Mannesmann-Kontrolleur. Auch aus diesem Grund habe man die Entscheidung auf den 17. April vertagt. Doch für das Wochenende hatte Esser unverdrossen neue Verhandlungsrunden mit Siemens und Thyssen angesetzt. Sollte dabei ein akzeptables Ergebnis erzielt werden, kündigte er den Kontrolleuren an, könnte es sein, dass er den Aufsichtsrat Anfang der Woche zu einer weiteren Sondersitzung einlade.

P. BRENNEKEN / TRIASS

Tachometerfertigung bei Atecs

KONZERNE

Steuertrickser Bertelsmann?

Ein neues Steuersparmodell des Gütersloher Medienkonzerns Bertelsmann führt zum juristischen Streit mit den Finanzbehörden. Es geht dabei um Lieferungen an Mitglieder der konzerneigenen Buchclubs in Europa, die seit Mai 1998 zentral von der Schweiz aus erfolgen. Bei Transporten aus einem Nicht-EU-Land wie der Schweiz an Endkunden in EU-Länder entfällt für Produkte bis zu 50 Mark die Mehrwertsteuer. Das sei eine „hochattraktive Möglichkeit“, die Direktversender wie Time Life seit Jahren nutzen, heißt es in dem Bertelsmann-Konzept, das von der Unternehmensberatung McKinsey mit erstellt wurde. Allein für den Versand von Musik-CDs errechneten die Kostenexperten ein jährliches Sparvolumen von netto 34 bis 44 Millionen Mark. Inzwischen verschickt Bertelsmann im Clubgeschäft neben CDs auch Musik- und Videokassetten aus der Schweiz, vielleicht bald auch Bücher. Die zuständige Finanzverwaltung Rheda-Wiedenbrück freilich verwarf Anfang 2000 in einem negativen Bescheid die Bertelsmann-Nutzung der für Bagatellkäufe gedachten EU-Regeln; dagegen strengte der Konzern eine Klage vor dem Finanzgericht Münster an. In dem internen Papier („Executive Summary“) wurde das Risiko eines Prozesses wegen „Missbrauchs der 6. EU-Richtlinie“ ausdrücklich genannt, aber als sehr niedrig eingestuft. Als gefährlicher galten da schon Image-Schäden: Womöglich werde Bertelsmann in der Presse „negativ wegen der Vermeidung von Steuerzahlungen“ genannt, heißt es. Aber: „Die hohen Einsparnisse überwiegen die relativ niedrigen Einmal-Kosten ebenso wie die Risiken einer erhöhten Lieferzeit und negativer PR.“ Eine Firmensprecherin kommentiert, die Finanz- und Zollbehörden seien Ende 1997 informiert und um Stellungnahme gebeten worden: „Es gab in jeder Phase vollkommene Offenheit.“ Das Finanzamt habe erst spät entschieden, jetzt müsse das Gericht „die offene rechtliche Frage“ klären.

H.-J. BUCHOLZ

Bertelsmann-Club-Filiale

HYPOVEREINSBANK

Desaster mit Immobilien

Auch in Deutschlands zweitgrößtem Kreditinstitut brodelt es heftig: Bei der HypoVereinsbank (HVB) ist das Immobiliengeschäft eingebrochen. Während die Branche nur einen leichten Rückgang verzeichnete, ging bei Europas größtem Baufinanzierer das Neukundengeschäft wesentlich stärker zurück. In der Hypothekenabteilung der Bank sind die Jobs von 500 Fachleuten gefährdet. Die HVB versucht die Unruhe in der Belegschaft zu dämpfen: Nur „Stellenverschiebungen“ seien geplant, keine Entlassungen. Zudem droht der HVB im Immobiliengeschäft möglicherweise ein weiterer Wertberichtigungsbedarf in Milliardenhöhe. Vor dem Landgericht Würzburg hat die Bank kürzlich sieben Musterprozesse gegen Käufer von Eigentumswohnungen verloren: Die Käufer hatten mit Wissen der Münchner Hypobank stark überteuerte Wohnungen gekauft, die von dem Geldhaus mit bis zu 160 Prozent ihres Werts finanziert wurden. Das Würzburger Gericht verurteilte die HVB zur Rückabwicklung der Kaufverträge: Die Bank muss die Käufer finanziell so stellen, als ob sie die Immobilie nicht erworben hätten. In den seit Jahren laufenden Verfahren dreht sich die Rechtsprechung zu Gunsten der Kreditnehmer. Die Zahl der ehemaligen Hypo-Kunden, die hohe Verluste erlitten, wird auf mindestens 30 000 geschätzt. Allein der Göttinger Anwalt Reiner Fuellmich, der die Prozesse in Würzburg gewann, vertritt über 2000 Mandanten, die gegen die HVB als Nachfolgeinstitut der Hypobank klagen.